

AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (6)



25. April 2012

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Die Kreistagssitzung fand heute, am 25. April 2012 statt.
Die Sitzung dauerte nur eine Stunde, weil die meisten Anträge noch in den Ausschüssen liegen oder heute eben dahin verwiesen wurden.

Sozialindex war unser Hauptpunkt

Auf der Tagesordnung stand erneut unser Antrag vom 14. November 2011: Darin beantragten wir, dass den Kreistagsabgeordneten der „Sozialindex“ ausgehändigt wird. Das ist die Zusammenfassung der Veranstaltung „Armut in der Wetterau“, die am 25.10.2010 im Plenarsaal des Kreishauses stattfand. In diesem Vortrag wurde eine Übersicht gegeben, wie Armut in der Wetterau verteilt ist und wie viele Menschen arm sind. Zudem wurden die Faktoren benannt, die zu Armut führen. Es war also ein Überblick zur Armut in unserem Kreis, der damals vorgestellt wurde.

Arbeitsgrundlage der Abgeordneten

Wir hatten zu mehreren Gelegenheiten ausgeführt, warum wir es für wichtig halten, dass wenigstens die Abgeordneten die Zahlen kennen und einen Überblick zur sozialen Lage im Kreis haben. Besonders in der Haushaltsrede (findet ihr auf der homepage) haben wir ausgeführt: wie kann jemand sozialpolitische Entscheidungen treffen oder gar Sozialausgaben kürzen, wenn er/sie gar nicht weiß, wie die soziale Lage im Kreis ist?

Wir halten einen Sozialindex (besser noch einen Armuts- und Reichtumsbericht) für eine Voraussetzung, das Thema zur Kenntnis zu nehmen und politische Konzepte zu entwickeln.

Behandlung im Ausschuß für Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG)

Am 16. Januar 2012 wurde der Sozialindex im Ausschuss „Jugend, Soziales und Gesundheit“ vorgestellt. Im Vergleich mit dem Vortrag vom 25.10.2012 war die dargebotene powerpoint-Präsentation schon reduziert worden.

Die Abgeordneten von NPD, FDP und große Teile der CDU verließen die Ausschußsitzung vorzeitig und wollten über die Armut in der Wetterau gar nichts wissen.

Der Antrag, den Sozialindex auszuhändigen, führte zu Diskussionen: Sozialdezernent Betschel-Pflügel führte als einzigen Grund für die Geheimhaltung den Protest des Friedberger Bürgermeisters Keller an. Dieser hätte das Ergebnis der Untersuchung als Angriff auf die Friedberger Stadtpolitik gewertet. In Friedberg leben viele arme Menschen. Das wolle Keller auf keinen Fall veröffentlicht sehen.

Inzwischen hat sich rausgestellt, dass es nicht Keller war, sondern dass es Unmut in der Bürgermeister-Dienstversammlung gegeben hatte, die Zahlen zu veröffentlichen. Betschel-Pflügel sollte nun prüfen, ob es rechtliche Gründe gegen eine Veröffentlichung des Armutsberichts gibt. Die Rechtsberater sahen die Sache jedoch wie wir: Der Bericht könnte den Politikern helfen, gezielt Maßnahmen gegen Armutsfaktoren zu entwickeln.

Am 23. April tagte der Ausschuß JSG wieder und Betschel-Pflügel verteilte ein Papier, das den Namen trug: „Optimierter Sozial- und Bildungsindex“. Das Papier war komplett von Zahlen gereinigt worden und ist bis auf ein Blatt völlig nichtssagend.

Heute wurde unser Antrag abgelehnt

Heute wurde nun unser Antrag endgültig abgestimmt. Denn wir akzeptierten das Papier nicht als das, was wir gefordert hatten. Wir wollten die Herausgabe des Sozialindex, wie er im Oktober 2010 vorgestellt worden war.

Alle Parteien lehnten unser Ansinnen ab. Die NPD enthielt sich.

Hier ist unsere Rede:

„Armut ist in der Wetterau ein Tabu-Thema

Herr Betschel-Pflügel hat in der Sitzung des Ausschusses Jugend, Soziales, Gesundheit angeblich unseren Antrag erfüllt indem er einen Sozial- und Bildungsindex –sogar optimiert ich würde sagen „frisirt“ – an die Fraktionen verteilt hat.

Um es ganz klar zu sagen: Mit diesem Papier sind Sie unserem Antrag nicht nachgekommen.

Das Papier enthält nur unzureichende Informationen zur Armut in der Wetterau. Keinerlei Zahlen, keinerlei Bezugspunkte oder Kriterien, obwohl diese vorliegen. Es ist ein Versuch, unseren Antrag abzuschmettern, indem man weitgehend Belanglosigkeiten preisgibt.

Wieso beharrt DIE LINKE. auf einen Sozialindex mit Zahlen und harten Fakten?

Armut ist im Wetteraukreis bisher kaum thematisiert.

Es gibt kein Konzept gegen Armut und kaum Prävention.

Dabei sind etwa 10 bis 14 % der Wetterauer Bevölkerung arm und das ist keine kleine Zahl.

Ich halte hier Sozialstrukturatlanten der Kreise Offenbach und Darmstadt Dieburg in den Händen.

Sie enthalten genau aufgeschlüsselte Informationen über das Kreisgebiet und die einzelnen Gemeinden. Es werden alle Zahlen genannt, die in den folgenden Bereichen erhoben wurden: Demografie, Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung, Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII, Sozialleistungen bei Erziehungshilfen, Einkommensstruktur im Kreisgebiet, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Schule, politische Teilhabe und Kriminalität.

Alles ist kleinteilig und gut nachvollziehbar aufgelistet. Für den Kreis und alle Gemeinden.

Im Internet sind zahlreiche Sozialberichte einsehbar - für Bundesländer (Hessen ist nicht dabei) und Kommunen (auch in Hessen).

Warum machen diese Länder, Kreise und Städte eigentlich kein Geheimnis aus ihren Sozialdaten? Und warum aber macht der Wetteraukreis so eine Geheimniskrämerei daraus?

Ist es ein Zufall, dass die Kreise mit Sozialberichten auch Konzepte zur Armutsbekämpfung und Prävention haben und dass es hier bei uns keine Vorstellungen über den Umgang mit Armut gibt?“

Antrag Wirtschaftsförderung

Wir hatten einen Antrag eingebracht, den Haushaltsposten „Wirtschaftsförderung“ von bisher 50 000 Euro auf 25 000 Euro zu kürzen.

Der eingesparte Betrag soll den Fraueneinrichtungen und dem Jugendsport zu Gute kommen. Bei der Wirtschaftsförderung haben wir auch Kritik am neuen Gesellschaftsvertrag der „Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH“. Doch dazu nächstes Mal mehr, denn unsere Anträge wurden in den Haupt-, Finanz-, Personal- und Gleichstellungsausschuß verwiesen und kommen im Juni auf die Tagesordnung des Kreistags. Ihr findet aber unsere Sachen bald auf der homepage.

Abfallwirtschaft: Altpapier

Wir haben uns bei einem Antrag der FWG/Piraten enthalten. Der Antrag fand keine Mehrheit. Sie wollten, dass die Gemeinden die Überschüsse aus dem Altpapierverkauf ausgezahlt bekommen. Die Regierungskoalition wollte das nicht machen, weil a) der Papierpreis stark schwankt und b) der Erlös zur Abfallgebührensenkung herangezogen werden soll.

Das Problem ist: die Gemeinden müssen das Einsammeln bezahlen, der Kreis kümmert sich um die Entsorgung. Da wäre es sinnvoll, alles in die Hand des Kreises zu legen und die Gemeinden überhaupt raus zu lassen.

Abgeordnetenwatch

Einen Antrag der FWG/Piraten, dass alle Kreistagsabgeordneten unter Abgeordnetenwatch aufgeführt werden sollen, lehnten wir mit den anderen Fraktionen gemeinsam ab. Unsere Gründe: Wir sind über die homepage der Linken erreichbar. Wir wollen keine 100 Euro pro Monat bezahlen, um dort unsere Kontaktdaten zu haben – das ist Geldschneiderei. Wir geben unser Fraktionsgeld lieber für eine gute eigene homepage aus.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi